

A10 / 2020 / XVI

Datum: 28.09.2020

A N T R A G

**der SPD-, FDP- und FW-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
an die Verbandsversammlung**

Gründung weiterer aktiver Medizinischer Zentren für Erwachsene mit Behinderung (MZEBS) in Hessen - Antrag der SPD-, FDP- und FW-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Beratungsfolge	Termin	Entscheidung
Ausschuss für Soziales und Jugendhilfe	22.10.2020	vorberatend
Verbandsversammlung	28.10.2020	beschließend

Finanzielle, personelle und organisatorische Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €				
Stehen Mittel zur Verfügung? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		Produkt / Sachkonto:		Wird ein Antrag auf überplanmäßige / außerplanmäßige Ausgaben gestellt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Ist die Begründung der Unabweisbarkeit der Kosten in Sachverhaltsdarstellung enthalten? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja			Finanzielle Auswirkungen in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €	
Auswirkungen auf den Stellenplan im lfd. Haushalts- / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Auswirkungen auf den Stellenplan in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Kosten insgesamt €	Belastung LWV €	Beteiligung Dritter €	Ergänzende Darstellung zu den finanziellen Auswirkungen siehe unter Ziffer der Begründung.	
Veranschlagung im Teilergebnishaushalt <input type="checkbox"/>	im Teilfinanzhaushalt -Investitionstätigkeit- <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Nein	€ <input type="checkbox"/> Ja €	Sachkonto

Beschlussvorschlag

Der Landeswohlfahrtsverband/die Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes fordert das Land Hessen auf, den Auf- und Ausbau Medizinischer Zentren für Erwachsene mit Behinderung (MZEBS) aktiv zu fördern und zu unterstützen, um die klaffende Versorgungslücke in der qualifizierten ambulanten Betreuung von erwachsenen Menschen mit geistiger oder schwerer Mehrfachbehinderung zu schließen.

Begründung

Bereits im Juli 2015 hat der Bundesgesetzgeber durch § 119c SGB V die Voraussetzung für die Gründung von Medizinischen Zentren für Erwachsene mit Behinderung (MZEBS) geschaffen. Die MZEBS dienen der qualifizierten ambulanten Betreuung, die zuvor nur minderjährigen Heranwachsenden mit Behinderung in den Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) möglich war und mit Vervollständigung der Volljährigkeit endete. Ein reibungsloser Übergang in die normale haus- bzw. fachärztliche und auch stationäre Versorgung war und ist meist nicht möglich, sind Haus- und Fachärzte wie auch Kliniken oftmals mit der adäquaten Behandlung der Zielgruppe überfordert. Die Gründe hierfür reichen von mangelndem Fachwissen und fehlender Erfahrung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen über physikalische Barrieren, Kommunikationsprobleme bis hin zu Zeitmangel im pflegerisch-medizinischen Bereich. Eine Forcierung des Auf- und Ausbaus von MZEBS in allen Bundesländern scheint also auf der Hand zu liegen.

Dennoch ist vielerorts eine adäquate Anschlussversorgung an SPZ durch MZEBS nicht gegeben. Dies gilt gerade auch für Hessen. Hier wurden seit 2015 lediglich drei MZEBS bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) beantragt (Klinikum Frankfurt Höchst, Frankfurt am Main; Bathildisheim e.V., Bad Arolsen; Hephata, Schwalmstadt). Einzig das MZEB im Klinikum Frankfurt Höchst ist derzeit aktiv in die ambulante Betreuung für Erwachsene mit Behinderungen eingebunden. Eine gravierende Unterversorgung von Betroffenen in allen Teilen Nord-, Mittel- und Ost Hessens sowie lange Wartezeiten in Südhessen sind das Ergebnis. Erschwerend kommt hinzu, dass der Zugang zur Versorgung im MZEB durch spezifische ICD-10-Diagnosekriterien und einen Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 70 festgelegt wird, obwohl konkrete Diagnosen oftmals erst im MZEB erhoben werden.

Die Sicherstellung einer flächendeckenden qualifizierten ambulanten medizinischen Versorgung für Erwachsene mit Behinderung durch ein multiprofessionelles pflegerisch-medizinisches Team muss vom Land Hessen forciert werden, um Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Diese gilt es durch politisches Handeln sicherzustellen.



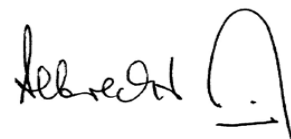
(Stefan Reuß)
SPD-Fraktion



(Michael Thiele)
Fraktion B'90/Grüne



(Dr. Stefan Naas)
FDP-Fraktion



(Albrecht Fritz)
FW-Fraktion